



Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 9
am 29.06.2012

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Anerkennung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift 179-04-2012 vom 11.05.2012
- 4 Sachstandsbericht zur Schließung der Deichlücke in der Ortslage Himmelgeist
- 5 61/ 63/2012 Gutachterverfahren Nr. 6170-082
- Südlich Paulsmühlenstraße -
Kenntnisgabe
- 6 Sachstandsbericht Trauzimmer Rathaus Benrath
- Vortrag durch eine/n Vertreter/in des Amtes für Gebäudemangement
- 7 179/ 77/2012 Anfrage: Gebäude auf dem Grundstück Urdenbacher Dorfstr. 49
- Herr Dr. Graf, CDU -
- 8 179/ 98/2012 Anfrage: Insolvenz der Christlichen Schulen
- Herr Gelshorn, SPD -
- 9 179/ 99/2012 Anfrage: Barrierefreie Haltestellen Benrather Schlossallee
-Bü90/Die Grünen-Fraktion-
- 10 179/ 102/2012 Anfrage: Sicherheit
- Herr Reichert, FW -
- 11 179/ 105/2012 Anfrage: "Pallenberg-Sammlung" im Museum für Naturkunde
- SPD-Fraktion -
- 12 179/ 104/2012 Anfrage: Rattenbefall Christopherus GS
- Herr Retza, SPD -
- 13 179/ 88/2012 Antrag: Straßensanierung, Erich-Müller-Str. und Benrodestr.
- Herr Reichert, FW -
- 14 179/ 89/2012 Antrag: Ergebnisprotokoll BV 9
- Herr Reichert, FW -
- 15 179/ 101/2012 Antrag: Renovierung Durchgangstunnel Benrather Bahnhof / Paulsmühle
- Herr Reichert, FW -
- 16 179/ 90/2012 Antrag: Einrichtung zweier Bücherschränke
- FDP-Fraktion -

- | | | |
|----|---------------|--|
| 17 | 179/ 103/2012 | Antrag: Kreuzung Werstener Friedhofstr./
Siebenbürgenweg
- Herr Retza, SPD - |
| 18 | 179/ 106/2012 | Antrag: Wege auf dem Hasselser Friedhof
- Frau Verhofen, Herr Angerhausen, CDU - |
| 19 | 179/ 94/2012 | Antrag: Verfügungsmittel: Düsseldorfer Räßelche 1962
e.V.; transportable Musikanlage
- interfraktionell - |
| 20 | 179/ 96/2012 | Antrag: Verfügungsmittel VdK; Adventsfeier
- interfraktionell - |
| 21 | 179/ 97/2012 | Antrag: Verfügungsmittel Chorverband Düsseldorf e.V.
- interfraktionell - |
| 22 | 179/ 100/2012 | Bauantrag: Niederheider Straße 8 - Errichtung einer Kin-
dertagesstätte |
| 23 | 179/ 107/2012 | Bauantrag: Am Mönchgraben 47 - Erweiterung der Kinder-
tagesstätte und Neubau Familienzentrum |
| 24 | | Informationsvorlage: Abschließende Stellungnahme der
Verwaltung zu den Freilaufflächen für Hunde |
| 25 | 51/ 13/2012 | Verteilung der Mittel für Schulsozialarbeit (SSA) aus dem
Bildungs- und Teilhabepaket |
| 26 | 179/ 108/2012 | Dringlichkeitsantrag: 3 Monate Test-Tempolimit für IV und
ÖPNV auf der Benrather Schlossallee in den Nachtstunden
von 22-6 Uhr |

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr	Angerhausen	CDU
Herr	Blumenrath	CDU
Frau	Brockhaus	CDU
Frau	Geller	CDU
Herr	Gelshorn	SPD
Herr	Gronemeier	FDP
Herr	Hampe	CDU
Herr	Reichert	Freie Wähler
Herr	Retza	SPD
Herr	Ringleb	CDU
Herr	Schardt	Bü 90/ Grüne
Herr	Schmidt	SPD
Herr	Dr. Schork	FDP
Herr	Schuth	CDU
Frau	Verhofen	CDU
Frau	Wegner	SPD
Herr	Welski	Bü 90/ Grüne

vom Rat

Ratsfrau	Benninghaus	SPD
Ratsherr	Gormanns	Bü 90/ Grüne
Ratsherr	Hartnigk	CDU

Ratsherr	Kurth	CDU
Ratsherr	Lukaschewski	CDU
Ratsfrau	Mohrs	SPD
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsherr	Nicolin	FDP
Ratsfrau	Wiedbrauk	CDU
Ratsfrau	Wien-Mroß	SPD
Ratsherr	Yimbou	DIE LINKE

Verwaltung

Frau Becker	Amt für Gebäudemanagement
Herr Pfaff	Bauaufsichtsamt
Herr Meyer	Amt für Verbraucherschutz
Herr Laferi	Stadtplanungsamt
Herr Gürich	Stadtplanungsamt
Herr Lütz	Stadtentwässerungsbetrieb

Sonstige Teilnehmer

Frau Dr. Hoppe-Treutner	Seniorenbeirat
Herr Tischendorf	Jugendrat

Presse

Frau Everts	Westdeutsche Zeitung
Frau Röhrig	Rheinische Post

Öffentlicher Teil

1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bezirksvorsteher Schuth begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 Anerkennung der Tagesordnung

Herr Angerhausen bittet, den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag als TOP 26 auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Dringlichkeit begründet er mit der im September anstehenden Fahrplanänderung.

Herr Dr. Schork bittet, den TOP 16 zu vertagen.

Herr Mehner erklärt, dass die beiden unter den Tagesordnungspunkten 9 und 10 geführten Anfragen zur heutigen Sitzung nicht beantwortet werden können. Weiterhin bittet er, die Nachträge TOP 22, 23, 24 und 26 nach TOP 6 zu behandeln.

Die Bezirksvertretung erkennt die Tagesordnung mit den vorstehenden Änderungen/Ergänzungen an.

3 **Genehmigung der Niederschrift 179-04-2012 vom 11.05.2012**

Die Bezirksvertretung 9 genehmigt die Niederschrift 179-04-2012 vom 11.05.2012.

4 **Sachstandsbericht zur Schließung der Deichlücke in der Ortslage Himmelgeist**

Herr Lütz berichtet im Rahmen eines Power-Point-Vortrages über die Planung und den Stand des Genehmigungsverfahrens (siehe Anlage). Anschließend beantwortet er einige Fragen.

5 **Gutachterverfahren Nr. 6170-082 - Südlich Paulsmühlenstraße - Kenntnisgabe 61/ 63/2012**

Herr Gürich stellt das Ergebnis des Gutachterverfahrens vor.

Herr Gelshorn erinnert daran, dass im Rahmen der Öffentlichkeitstermine die Einplanung eines Hotels gefordert worden sei. Die Jury habe dies jedoch mit dem Hinweis auf fehlende Rentabilität abgewiesen. Nun habe jedoch die Rheinische Post am 26.06.2012 berichtet, dass an der Straße „Am Wehrhahn“ ein 3-Sterne-Hotel mit 328 Betten geplant sei. Da stelle sich die Frage, ob sich nicht doch ein Investor für ein Hotel in der Paulsmühle finden ließe.

Herr Gelshorn erklärt, er werde hierzu ggf. einen Antrag stellen.

Herr Gürich entgegnet, dass bei der Planung dieses Stadtquartiers der Focus auf die Schaffung von Wohnraum gerichtet werden solle, da Wohnraum in Bernath knapp sei.

Ein Hotel in der Innenstadt könne wesentlich wirtschaftlicher geführt werden. Der potentielle Investor für das geplante Wohngebiet habe sich lange Zeit mit der Prüfung befasst, ob in der Paulsmühle ein Hotel wirtschaftlich betrieben werden könne. Das Ergebnis sei schließlich negativ gewesen.

Frau Dr. Hoppe-Treutner erkundigt sich, wie gewährleistet werden könne, dass unabhängig von dem 15prozentigen Anteil förderungsfähigen Wohnraums bezahlbarer Wohnraum (z.B. für Senioren) geschaffen werde.

Herr Gürich erklärt, dass in diesem frühen Planungsstadium hierzu keine Aussage getroffen werden könne.

Ratsherr Gormanns weist darauf hin, dass bei einer Vorgabe von 15 Prozent 45 geförderte Wohnungen gebaut werden müssten. Angegeben werde aber eine Zahl von maximal 40 geförderten Wohnungen. Er bitte daher darum, die Vorgabe von 15 Prozent = 45 geförderte Wohnungen einzuhalten.

Ratsherr Hartnigk bittet, den Investor nicht zu knebeln, damit dieser nicht ab-

springe. Sollten die Mieten zu hoch liegen, würden die Nachfrage und somit die Mietpreise sinken.

Herr Tischendorf erinnert daran, dass Düsseldorf auch günstige Wohnungen für Studenten benötige.

Ratsfrau Mohrs unterstützt dieses Anliegen und bittet den Investor zusätzlich, auch ausreichend für ältere Menschen bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen.

Herr Welski regt an, in dem Plangebiet eine Quartiersgarage zu errichten. Des Weiteren sollte im Hinblick auf die geplante Wegeverbindung zum östlichen Bahnhofszugang die Steinhauerstraße für den Fahrradverkehr in Gegenrichtung freigegeben werden.

Ratsfrau Wiedbrauck erkundigt sich, ob in dem Baugebiet eine Kindertagesstätte geplant sei.

Herr Gürich führt aus, dass im Plangebiet 2 Großtagespflegestellen eingerichtet werden sollen. Darüber hinaus werde im Umfeld im Plangebiet Hoxbachstraße/Am Wald eine Kindertagesstätte mit 3 Gruppen errichtet sowie die Kindertagesstätte Am Wald 47 erweitert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 nimmt zustimmend Kenntnis von dem Ergebnis des Gutachterverfahrens Nr. 6170-082 - Südlich Paulsmühlenstraße -.

6 Sachstandsbericht Trauzimmer Rathaus Benrath - Vortrag durch eine/n Vertreter/in des Amtes für Gebäudemanagement

Frau Becker trägt Folgendes vor:

Das Rathaus Benrath steht seit 1984 unter Denkmalschutz. Zwischen 2006 und 2007 wurden in einem ersten Bauabschnitt das Dach und die Fassade saniert. In einem zweiten Bauabschnitt soll eine denkmalgerechte Sanierung des Innenbereichs erfolgen. Unter anderem umfasst dieser Bauabschnitt auch die Herrichtung eines neuen Trauzimmers in Abstimmung mit dem Amt für Einwohnerwesen.

Während der Außensanierung wurden die Trauungen im Gebäude eingestellt, da die Einschränkungen der Hochzeitsgesellschaften durch Einrüstung des Gebäudes und durch entsprechende Staubentwicklungen als zu gravierend eingestuft worden sind und auch Brautpaare mit Beschwerden reagiert haben. Die Terminierung von Hochzeiten erfolgt rund 6 Monate vor der Trauung. Dies hatte zur Folge, dass die Wiederinbetriebnahme des Trauzimmers nach erfolgter Außensanierung in Erwartung der geplanten Innensanierung als nicht zweckmäßig angesehen worden war.

Zudem ist das vorhandene Trauzimmer dem Alter der Inneneinrichtung und Gestaltung entsprechend in einem ordentlichen aber nicht mehr ansprechenden und modernen Zustand. Dies trägt dazu bei, dass Paare andere Räumlichkeiten und Örtlichkeiten zur standesamtlichen Trauung vorziehen.

Aufgrund der gegenwärtigen Priorisierung aller Maßnahmen des Gebäudemanagements, u.a. Gefahrenabwehr, Brandschutz, Bausubstanzerhaltung etc., konnte der zweite Bauabschnitt bisher nicht berücksichtigt werden.

Die Bezirksvertretung 9 hat die Verwaltung nun beauftragt, für den leer stehenden Büroraum 5 einen Kostenvoranschlag für einen entsprechenden Umbau zu erstellen. Der Kostenrahmen (Kostenunsicherheit +40%) endet mit einer Summe von 60.000 EUR.

Folgende Maßnahmen sind hierin enthalten:

- Planungsmittel zur Beurteilung der technischen Machbarkeit des Wanddurchbruchs
- Abriss der Trennwand zwischen den Räumen 0.09 und 0.10, dadurch Gestaltung eines neuen Raumzuschnitts
- Ausgleich des Fußbodens und Verlegung eines hochwertigen Teppichbodens
- Ersetzen der Türen zum Flur und zum Raum 0.08 durch Schallschutztüren
- Sanitär-, Elektro- und Netzwerkinstallationen werden rückgebaut oder angepasst.
- Die Wände erhalten eine hochwertige Verkleidung.
- Die Fensterelemente erhalten eine zusätzliche, innen liegende Verglasung
- denkmalgerechte Herrichtung des zum Trauzimmer führenden Flurbereichs (Halle)
- weiße Lackierung der Flurtüren

Noch nicht in den Kosten enthalten sind eine neue Beleuchtung sowie die ggf. von der Denkmalbehörde geforderte denkmalgerechte Herstellung der Türen. Die Maßnahme wurde in der Gesamtheit mit der Denkmalbehörde abgestimmt, eine Zustimmung wurde in Aussicht gestellt.

Im Rahmen der Durchführung der Innensanierung müssen auch Baumaßnahmen im neu gestalteten Bereich durchgeführt werden. So sind Leitungsführungen, Heizungsinstallationen, Elektroverkabelungen in der Gesamtheit im Gebäude zu sanieren. Dies hat zur Folge, dass heute durchgeführte Maßnahmen ggfs. wieder zerstört und eine erneute Investition in gleiche Maßnahmen (Tapeeten, Teppich, Anstriche) im Zuge der Innensanierung erforderlich werden.

Alternativ hat die Bezirksvertretung 9 das Amt für Gebäudemanagement beauftragt, die Kosten für die Reaktivierung des ursprünglichen Trauzimmers zu ermitteln. Die Kosten für die Reaktivierung belaufen sich auf unter 10.000 EUR. Folgende Maßnahmen sind dabei berücksichtigt:

- Drei von vier Wänden werden neu tapeziert.
- Die Kopfwand erhält eine Beschichtung in aufwendiger Spachteltechnik.
- Eine neue Beleuchtung wird installiert.
- Der vorhandene Teppichboden wird gegen einen neuen ausgetauscht.

Die Arbeiten können kurzfristig ausgeführt werden.

Vor dem Hintergrund der Kosten für die Herrichtung des Trauzimmers im Büroraum 5 und der Vermeidung von Doppelinvestitionen empfiehlt die Verwaltung

die Reaktivierung des ursprünglichen Trauzimmers.

Die Herstellung eines neuen Trauzimmers an anderer Stelle im Gebäude sollte im Zuge der Gesamtanierung vorgesehen werden.

Die Bezirksvertretung folgt der Empfehlung der Verwaltung. Sie bittet die Verwaltung, das ursprüngliche Trauzimmer zu reaktivieren.

**7 Anfrage: Gebäude auf dem Grundstück Urdenbacher Dorfstr. 49
- Herr Dr. Graf, CDU -
179/ 77/2012**

Die Gebäude auf dem Grundstück Urdenbacher Dorfstraße 49 (ehemals Fa. Schmitz) stehen seit langem leer und beeinflussen in negativer Weise das Straßenbild in Urdenbach.

1. Gibt es baurechtliche Probleme, die verhindern, dass hier ein Investor tätig wird?
2. Ist eine Lösung der städtebaulich unbefriedigenden Situation mittelfristig kalkulierbar?

Herr Mehner beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1.

Für das Grundstück Urdenbacher Dorfstraße 49 existiert ein gültiger Vorbescheid vom 13.11.2007 für die Errichtung von 4 Einfamilienhäusern nebst Garagen und Stellplätzen. Die Gültigkeit des Bescheides wurde letztmalig im Jahre 2011 bis zum 13.11.2012 verlängert. Ein Bauantrag liegt nicht vor.

Zu 2.

Auf die Realisierung des in der Bauvoranfrage geplanten Vorhabens hat die Verwaltung keinen Einfluss.

Geplant ist zunächst, alle vorhandenen Gebäude auf dem Grundstück abzubrechen. Die denkmalrechtliche Erlaubnis hierfür liegt vor. Die Bezirksvertretung ist für die Entscheidung über den Abbruchantrag zuständig, da das Gebäude im Geltungsbereich einer Erhaltungssatzung liegt. Die entsprechende Beschlussvorlage wird der Bezirksvertretung zur Entscheidung vorgelegt werden.

**8 Anfrage: Insolvenz der Christlichen Schulen
- Herr Gelshorn, SPD -
179/ 98/2012**

1. Wurde für die Christlichen Schulen in Hassels und Reisholz das Insolvenzverfahren eingeleitet?
2. Gibt es Lösungen für den Fortbestand der Schulen?
3. Übernimmt die Stadt Düsseldorf Gebäude und Lasten?

Herr Mehner beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1.

Für den Freundeskreis Rheinisch-Bergischer Verein freie Christliche Schulen e.V., der die Schulgebäude Freie Christliche Gesamtschule auf dem Grundstück Fürstenberger Straße 10 und das Freie Christliche Gymnasium auf dem Grundstück Buchenstraße 1 errichtet hat, ist das vorläufige Insolvenzverfahren angeordnet worden.

Zu 2. und 3.

Aufgrund der in den Erbbaurechtsverträgen verankerten Verpflichtungen zur Ausübung des Heimfallrechts ist die Landeshauptstadt Düsseldorf unter bestimmten Voraussetzungen zur Übernahme der Schulgrundstücke verpflichtet.

Sofern die Stadt ihr Heimfallrecht ausübt bzw. zur Ausübung verpflichtet wird, würde sie Eigentümerin der Schulgrundstücke. Die bestehenden Mietverträge mit dem Schulträger Rheinisch-Bergischer Verein Freie Christliche Schulen e.V. (RBV) würde kraft Gesetzes auf die Stadt übergehen.

Ratsherr Lukaschewski betont, dass der Freundeskreis Rheinisch-Bergischer Verein freie Christliche Schulen e.V. von der Insolvenz betroffen sei, nicht jedoch der Schulträger.

**9 Anfrage: Barrierefreie Haltestellen Benrather Schlossallee
-Bü90/Die Grünen-Fraktion-
179/ 99/2012**

Siehe TOP 2

**10 Anfrage: Sicherheit
- Herr Reichert, FW -
179/ 102/2012**

Siehe TOP 2

**11 Anfrage: "Pallenberg-Sammlung" im Museum für Naturkunde
- SPD-Fraktion -
179/ 105/2012**

1. Welche Anstrengungen unternahm bisher Verwaltung und Stiftung

- Schloss und Park Benrath, die sog. Pallenbergsammlung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?
2. Sind die dafür vorgesehenen Räume im ersten Stock des Museums mittlerweile hergerichtet?
 3. Welche Zeitpläne und welche Perspektiven gibt es in dieser Angelegenheit?

Herr Mehner beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1.

Das Thema Pallenberg sowie die Pallenbergsammlung haben für die Stadt Düsseldorf sowie für die Stiftung Schloss und Park Benrath einen hohen Stellenwert. So hat die Stadt die Sammlung Pallenberg mit ca. 500 Objekten im Jahre 2007 angekauft. Eine angemessene Präsentation der Sammlungsstücke für die Öffentlichkeit in den Räumlichkeiten der Stiftung Schloss und Park Benrath ist derzeit in Planung.

Zu 2.

Im ersten Obergeschoss des Verwaltungstraktes der Stiftung Schloss und Park Benrath existieren Räume, die zur Präsentation der Pallenbergsammlung denkbar wären. Diese Räume sind inzwischen auch hergerichtet worden. Ob die Präsentation der Pallenbergsammlung in diesen oder in anderen Räumen der Stiftung oder ob eine Integration in die vorhandene Dauerausstellung geschieht, ist Teil der Konzeption, die von der Stiftung Schloss und Park Benrath erarbeitet wird.

Zu3.

Nach Fertigstellung der Konzeption ist eine zeitnahe Umsetzung und die Präsentation der Pallenbersammlung geplant.

Herr Retza erinnert daran, dass die Bezirksvertretung bereits vor einigen Jahren Geld bereit gestellt habe. Ihn interessiere daher, wie lange es dauern würde, bis die Konzeption erstellt sei.

Herr Mehner erklärt, dass die Stiftung hoffe, noch in diesem Sommer die Konzeption fertig zu stellen.

12 Anfrage: Rattenbefall Christopherus GS
- Herr Retza, SPD -
179/ 104/2012

1. Welche Ursachen führten zu dem Befall?
2. Konnten die Ratten inzwischen nachhaltig bekämpft werden?
3. Mit welchen Präventivmaßnahmen soll künftiger Befall verhindert werden?

zu 1.

Ursachen für den Rattenbefall sind grundsätzlich ein erhöhtes Nahrungsangebot, z.B. frei zugängliche Lebensmittelreste in Verbindung mit entsprechenden Deckungsmöglichkeiten, z.B. dichter Grünbewuchs.

zu 2.

Folgende Maßnahmen wurden an dem Schulstandort Werstener Friedhofstr. 10 / Werstener Feld 55 durchgeführt:

- Der Grünbewuchs wurde gerodet bzw. stark zurückgeschnitten.
- Der dabei zutage geförderte Müll und Lebensmittelreste wurden entsorgt.
- Die Außenhülle des Gebäudes Werstener Feld 55 wurde auf Beschädigungen hinsichtlich möglicher Schlupflöcher untersucht und bei Bedarf zusätzlich abgedichtet.
- Der beauftragte Schädlingsbekämpfer hat auf dem gesamten Schulstandort Köder ausgelegt.
- Die Abwasserrohre wurden gespült und auf Beschädigungen untersucht.

Ob die Ratten mit den o.g. Maßnahmen nachhaltig bekämpft werden konnten, stellt sich erst in den nächsten Wochen heraus.

zu 3.

- Es werden zeitnah rattensichere Abfallbehälter auf den Schulgrundstücken installiert.
- Die Nutzer des Schulstandortes wurden darauf hingewiesen, Lebensmittelreste ausschließlich in die dafür vorgesehenen Behälter zu entsorgen.

**13 Antrag: Straßensanierung, Erich-Müller-Str. und Benrodestr.
- Herr Reichert, FW -
179/ 88/2012**

Herr Mehner erinnert daran, dass in der Sitzung am 27.01.2012 bereits ein Antrag in dieser Angelegenheit gestellt worden sei. Mit der Mitteilung der Verwaltung Nr. 15/2012 sei die Bezirksvertretung unterrichtet worden, dass die Benrodestraße im Jahre 2013 und die Erich-Müller-Straße im Jahre 2014 instandgesetzt werden sollen. Die Maßnahmen ständen aber unter dem Vorbehalt, dass zu diesem Zeitpunkt ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Es sei nicht möglich, die Instandsetzungen zu Lasten anderer Stadtbezirke vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

- 1 Ja-Stimme (FW)
- 6 Enthaltungen (4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen)
- 10 Nein-Stimmen (8 CDU, 2 FDP)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**14 Antrag: Ergebnisprotokoll BV 9
- Herr Reichert, FW -
179/ 89/2012**

Bezirksvorsteher Schuth erklärt, er fühle sich durch diesen Antrag persönlich

angegriffen, da er die Niederschrift mitunterschreibe.

Herr Retza bedankt sich als Mitunterzeichner der Niederschriften für die gute Arbeit des Schriftführers. Den Antrag bezeichnet er als für die Bezirksvertretung unwürdig.

Herr Schardt spricht sich dafür aus, die Niederschrift wie in der bisherigen Form weiter anzufertigen. Entscheidungsrelevante Wortbeiträge würden sich in der Niederschrift wiederfinden. Sollte es einmal nicht so sein, sei es unproblematisch, dass die Niederschrift geändert würde.

Herr Ringleb bezeichnet die im Antrag formulierten Unterstellungen als unverschämte. Der Bezirksverwaltung sollte mehr Respekt für die kompetente Arbeit entgegengebracht werden.

Herr Wirtz gibt eine Erklärung zu dem Antrag ab. Insbesondere die Unterstellungen, er würde subjektive Kommentierungen in der Niederschrift abgeben, weist er energisch zurück.

Herr Reichert zieht seinen Antrag mit Hinweis auf die Erklärung von Herrn Wirtz zurück.

**15 Antrag: Renovierung Durchgangstunnel Benrather Bahnhof / Paulsmühle
- Herr Reichert, FW -
179/ 101/2012**

Herr Angerhausen schlägt vor, den Antrag als Prüfantrag zu formulieren.

Herr Reichert zeigt sich einverstanden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der Durchgang vom Benrather P&R-Platz zur Paulsmühle in Absprache mit den Kulturgruppen der zentren plus durch diese renoviert werden kann.

**16 Antrag: Einrichtung zweier Bücherschränke
- FDP-Fraktion -
179/ 90/2012**

Siehe TOP 2

**17 Antrag: Kreuzung Werstener Friedhofstr./ Siebenbürgenweg
- Herr Retza, SPD -
179/ 103/2012**

Herr Retza erinnert daran, dass im Jahr 2005 ein Antrag für eine Querungshilfe auf der Werstener Friedhofstraße in Höhe der Hügelstraße beschlossen worden sei. Ihn interessiere, warum die Querungshilfe immer noch nicht umgesetzt sei.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung zu prüfen, ob auf der Werstener Friedhofstraße in Höhe des Siebenbürgenweges mit einfachen Mitteln eine sog. Querungshilfe aufgebracht werden kann. Darüber hinaus bittet sie zu prüfen, ob auf der Werstener Friedhofstraße und dem Siebenbürgenweg Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden können.

- 18 Antrag: Wege auf dem Hasselser Friedhof
- Frau Verhofen, Herr Angerhausen, CDU -
179/ 106/2012**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 bittet die zuständige Fachverwaltung um Prüfung, ob und mit welchen Mitteln und in welchen Zeitabschnitten die Wege einschließlich der angrenzenden Grünstreifen auf dem Hasselser Friedhof, die durch Baumaßnahmen und andere Arbeiten in Mitleidenschaft gezogen wurden, wieder in ordnungsgemäßen Zustand zurückgeführt werden können.

- 19 Antrag: Verfügungsmittel Düsseldorfer Räbbelche 1962 e.V.; transportable Musikanlage
- interfraktionell -
179/ 94/2012**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 gewährt der Karnevalsgesellschaft „Düsseldorfer Räbbelche 1962 e.V.“ aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Festbetrag von 300,00 € zweckgebunden für die Anschaffung einer transportablen Musikanlage.

- 20 Antrag: Verfügungsmittel VdK; Adventsfeier
- interfraktionell -
179/ 96/2012**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 gewährt dem VdK Sozialverband aus bezirklichen Verfügungsmitteln als Festbetrag einen Zuschuss in Höhe von 500,-- € zweckgebunden für die vorweihnachtliche Adventsfeier 2012.

- 21 Antrag: Verfügungsmittel Chorverband Düsseldorf e.V.
- interfraktionell -**

179/ 97/2012

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 gewährt dem Chorverband Düsseldorf e.V. aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss von 1.500,00 € als Festbetrag. Dieser Betrag ist vom Chorverband bedarfsgerecht auf die Vereine zu verteilen. Über die Erfahrungen und den Verteilerschlüssel soll der Bezirksvertretung 9 – wie in den Vorjahren – auch für das Jahr 2012 berichtet werden.

22 Bauantrag: Niederheider Straße 8 - Errichtung einer Kindertagesstätte 179/ 100/2012

Herr Welski weist darauf hin, dass zurzeit Überlegungen angestellt würden, den Reisholzer Hafen zu einem Logistikhauptknoten auszubauen. Hierdurch würden zusätzliche Verkehre auch auf der Niederheider Straße entstehen. Ebenso müsse damit gerechnet werden, dass das entlang des Baugrundstücks verlaufende Bahngleis der IDR verstärkt genutzt bzw. ausgebaut werde. Diese mögliche Entwicklung solle berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 beschließt die Erteilung der erforderlichen Befreiungen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und die Zulassung der erforderlichen Ausnahme nach der Baunutzungsverordnung (BauNVO).

23 Bauantrag: Am Mönchgraben 47 - Erweiterung der Kindertagesstätte und Neubau Familienzentrum 179/ 107/2012

Herr Pfaff stellt das Bauvorhaben vor.

Herr Schardt kritisiert, dass für die nachzuweisenden 7 Stellplätze ein großer Teil der Bäume, die sich zu einem Wald entwickelt hätten, gefällt werden müsse. Hierzu sei ein Waldumlegungsverfahren erforderlich. Was sei darunter zu verstehen?

Herr Welski bemerkt, dass die Stellplätze auf dem zur Straße hin gelegenen Grünstreifen eingerichtet werden könnten.

Herr Pfaff erläutert, dass der qualifizierte Bebauungsplan aus dem Jahr 1966 stamme und das Grundstück als Baufläche für den Gemeinbedarf festsetze. In den alten B-Plan-Verfahren seien keine Regelungen für Waldumlegungsverfahren getroffen worden. Im Rahmen des nunmehr erforderlichen Waldumlegungsverfahrens werde der Baumbestand erfasst und an anderer Stelle in der Nähe wieder aufgeforstet. Die 7 nach der Bauordnung erforderlichen Stellplätze seien auf dem Baugrundstück nachzuweisen.

Für die Anlegung der Stellplätze auf dem Grünstreifen müsse eine weitere Befreiung erteilt werden.

Ratsfrau Wiedbrauck erinnert daran, dass es unbedingt erforderlich sei, weitere Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren zu schaffen, damit der ab 2013 geltende Rechtsanspruch der Eltern erfüllt werden könne. Die Schaffung weiterer wichtiger Betreuungsplätze dürfe nicht der Erhaltung nicht satzungsgeschützter Bäume untergeordnet werden.

Herr Dr. Schork schließt sich dem Hinweis von Frau Wiedbrauck an. Die Bäume, die auf dem Baugrundstück stehen würden, könnten nicht als Wald bezeichnet werden.

Damit kein falscher Eindruck entstehe, erklärt **Herr Welski**, dass seine Fraktion den Bauantrag unterstütze, aber eine andere Lösung für die Stellplätze gefunden werden müsse. Die Grünen würden dem Bauantrag zustimmen, würden aber bitten zu prüfen, ob die erforderlichen Stellplätze auf dem zur Straße hin gelegenen Grünstreifen angelegt werden können.

Die Bezirksvertretung zeigt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 beschließt die Erteilung der erforderlichen Befreiung hinsichtlich der Baugrenze.

24 Informationsvorlage: Abschließende Stellungnahme der Verwaltung zu den Freilaufflächen für Hunde

Herr Gelshorn weist darauf hin, dass es Planungen gebe, auf der Brachfläche zwischen Koblenzer Straße und Bezirkssportanlage eine Sporthalle zu errichten. Würde die Festlegung als Freilauffläche für Hunde dieser Planung entgegenstehen?

Herr Meyer erklärt, dass die Festlegung einer Fläche als Hundefreilauffläche jederzeit widerrufen werden kann.

Herr Welski möchte wissen, ob die Fläche des ehemaligen Sportvereins Benrath 10 auch geprüft worden sei.

Herr Meyer erwidert, dass alle in Frage kommenden Flächen geprüft worden seien, somit sicherlich auch die v.g. Fläche. Die Gründe für die Nicht-Eignung habe er jetzt nicht parat, er werde sie jedoch nachreichen.

Die Bezirksvertretung 9 nimmt zustimmend Kenntnis von der Informationsvorlage.

**25 Verteilung der Mittel für Schulsozialarbeit (SSA) aus dem Bildungs- und Teilhabepaket
51/ 13/2012**

Die Bezirksvertretung 9 nimmt Kenntnis von der Vorlage.

**26 Dringlichkeitsantrag: 3 Monate Test-Tempolimit für IV und ÖPNV auf der Benrather Schlossallee in den Nachtstunden von 22-6 Uhr
179/ 108/2012**

Ratsherr Hartnigk spricht sich gegen den Antrag aus. Die Benrather Schlossallee sei ab 2015 Bestandteil der Stadtbahnvorlaufstrecke. Die Stadt und die Rheinbahn würden Millionenbeträge für die Beschleunigung des ÖPNV ausgeben. Es sei daher nicht vorstellbar, dass der Ordnungs- und Verkehrsausschuss dem Antrag der Bezirksvertretung folgen würde.

Herr Dr. Schork bittet, in der vorletzten Zeile des Antrags „in einem zweiten Schritt“ durch „gleichzeitig“ zu ersetzen.

Die Bezirksvertretung signalisiert Zustimmung.

Ratsherr Nicolin spricht sich für eine Testphase aus.

Herr Welski unterstützt den Dringlichkeitsantrag. An Ratsherrn Hartnigk gibt er die Bitte, wenn schon die Stadt und die Rheinbahn so viel Geld in die ÖPNV-Beschleunigung steckten, dann möge er sich für eine Vorrangschaltung auf der gesamten Vorlaufstrecke einzusetzen.

Herr Retza sieht den Fahrplan der Rheinbahn nicht gefährdet, da das Tempolimit nur während der Nacht gelten solle.

Herr Angerhausen betont, dass alle für die Beschleunigung des ÖPNV seien. Hier ginge es jedoch um eine Testphase in den Nachtstunden. Er bezweifle die Bereitschaft des operativen Bereichs der Rheinbahn, sich für eine Lärmminde- rung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung, in der nächsten Sitzung des Ordnungs- und Verkehrsausschusses eine Entscheidung über folgenden Antrag der Bezirksvertretung 9 herbeizuführen:

Dem Ordnungs- und Verkehrsausschuss wird empfohlen, einen Beschluss zu fassen, wonach für die Benrather Schlossallee in ihrer gesamten Länge begrenzt während eines Testzeitraums von 3 Monaten eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h für IV und ÖPNV in den Nachtstunden von 22 Uhr bis 6.00 Uhr angeordnet wird. Weiterhin sollen Verwaltung und Rheinbahn beauftragt werden, nach Ablauf des Testzeitraumes in der Bezirksvertretung 9 und im Ordnungs- und Verkehrsausschuss darüber zu berichten, zu welchen Erkenntnissen das Tempolimit im Hinblick auf Fahrplan, Anschlussverbindungen zu anderen Linien und Lärminderung geführt hat. Gleichzeitig sollen Verwaltung und Rheinbahn gebeten werden, ein Lärminderungskonzept zu erarbeiten.

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:35 Uhr

Heinz-Leo Schuth

Bezirksvorsteher

Wolfgang Retza

Bezirksvertreter

Wolfgang Mehner

Leiter Bezirksverwaltungsstelle 9

Wolfgang Wirtz
Schriftführung